

Hintergrundinformation
November 2008

Finanzierung einer umweltverträglichen Entwicklung im Kampf gegen den Klimawandel

Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Doha, Katar,
vom 29. November bis 2. Dezember 2008

Die Vereinten Nationen tragen zur Entwicklung des Völkerrechts bei

Die Länder verhandeln gegenwärtig ein neues Abkommen über die langfristige Zusammenarbeit im Bereich des Klimawandels. Die Gespräche werden durch Forschungsergebnisse der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (IPCC) angespornt, die im letzten Jahr festgestellt hat, dass die durchschnittliche Oberflächentemperatur weltweit bis zu vier Grad Celsius ansteigen könnte, außer wenn Verringerungen des Ausstoßes von Gasen, die zum Treibhauseffekt beitragen, erzielt werden.

Das neue Abkommen muss auf der UNO-Klimakonferenz Ende 2009 in Kopenhagen abgeschlossen sein. In der Zwischenzeit gibt die diesjährige Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Doha die wichtige Gelegenheit, Finanzmechanismen zu diskutieren, die es den Entwicklungsländern erlaubt, den Klimawandel zu verkraften.

Es wird erwartet, dass Bemühungen zur Finanzierung einer effektiven Antwort auf den Klimawandel sich auf einige der existierenden Mechanismen stützen, die im Rahmen des Kyoto-Protokolls entwickelt wurden, und diese erweitern werden. Diese beinhalten marktgestützte Instrumente, wie die Gründung eines Kohlenstoffmarktes und eines weltweit finanzierten Investitionsprogramms zur Unterstützung von Entwicklungsländern beim Einsatz von Technologien erneuerbarer Energien zur Anpassung und Abschwächung des Klimawandels.

Solche Finanzmechanismen werden als zentral für den „Grünen New Deal“ sein, den UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon eingefordert hat – eine globale Initiative um Arbeitsstellen und Wohlstand zu schaffen, während gleichzeitig das Problem des Klimawandels angepackt wird.

Neue Finanzmechanismen

Yvo de Boer, Exekutivsekretär des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), zufolge müssen die Unterhändler, die an einem Ergebnis für Kopenhagen arbeiten, darauf achten, „wie eine intelligente Finanzarchitektur aufgestellt werden kann, die Ländern – und nicht zuletzt den sich rasch entwickelnden Staaten – ermöglicht, ihr wirtschaftliches Wachstum umweltverträglich zu gestalten und die Fehler, die die Industriestaaten machten, zu vermeiden.“

Bei der Entwicklung der globalen Finanzarchitektur, um den Klimawandel in Angriff zu nehmen, haben die Länder sich darauf geeinigt, sich dem Prinzip der ‚gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung und entsprechenden Ressourcen‘ des Übereinkommens über den Klimawandel und des Kyoto-Protokolls leiten zu lassen. Dies spiegelt die Idee wider, dass jeder neue Mechanismus sicherstellen sollte, dass die Entwicklungsländer, die für einen relativ geringen Teil des gegenwärtigen Ausstoßes an Treibhausgasen – sowohl kumuliert als auch Pro-Kopf – verantwortlich sind, in die Lage versetzt werden, ihren Energiebedarf zu decken ohne ihr wirtschaftliches Wachstum und Bemühungen zur Armutsverringern in Gefahr zu bringen.

Der Kohlenstoffmarkt in Europa, der vom Kyoto-Protokoll inspiriert wurde, ist bekannt als ein „Obergrenze-und-Handel“-System (cap-and-trade), das Kohlenstoffkredite an Kohlenstoffemittenten vergibt. Diese Emittenten kaufen und verkaufen die Kredite abhängig von der Höhe der

Überschreitungen bzw. Einsparungen ihrer jeweiligen Zuteilungen. Ähnliche Emissionshandelssysteme gibt es in einer Reihe von Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Mechanismen könnten aber noch mehr tun. Das Kyoto-Protokoll kann ein Teil der Blaupause des Ergebnisses von Kopenhagen sein. Zum Beispiel erlaubt der Mechanismus für eine umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism, CDM) des Protokolls den Industriestaaten, Emissionen durch die Investition in emissionsverringende Projekte in Entwicklungsstaaten zu erzeugen.

Der CDM hat gegenwärtig in mehr als 1160 Projekte in 49 Ländern investiert. Es wird erwartet, dass damit mehr als 2,7 Milliarden zertifizierte Emissionsverringeringen, jede im Gegenwert einer Tonne Kohlendioxid, bis zum Ablauf des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 erzeugt wird.

Nach Schätzungen von UNFCCC werden CDM-Projekte, die im Jahr 2006 starteten, eine Kapitalinvestition von 25 Milliarden US-Dollar erzielen und erneuerbare Energie und Energieeffizienz-Projekte, die im Jahr 2006 registriert wurden, eine Kapitalinvestition von 5,7 Milliarden US-Dollar erreichen. Dies bedeutet eine Verdreifachung der öffentlichen Entwicklungshilfe für Energiemaßnahmen und Projekte für erneuerbare Energie, erklärt UNFCCC.

Grüne Wirtschaft

Der UNO-Generalsekretär hat das Postulat aufgestellt, dass sich die Welt an der Schwelle eines „Zeitalters der grünen Wirtschaft“ befindet, und stellte fest, dass Investitionen in erneuerbare Energie und kraftstoffeffiziente Technologien gemeinsam mit anderen grünen Technologien erheblich angestiegen sind. Er wies darauf hin, dass mit den richtigen Maßnahmen und einem entsprechenden weltweiten Rahmen das notwendige Wirtschaftswachstum in eine kohlenstoffarme Richtung gelenkt werden kann. „Geschick gehandhabt können unsere Bemühungen, die Finanzkrise zu bewältigen, auch unsere Bemühungen im Kampf gegen den Klimawandel stärken“, sagte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon.

Seit dem Ausbrechen der Finanzkrise wurde wiederholt die Besorgnis laut, dass Finanzmittel für den Klimawandel gekürzt werden. Dagegen hat der UNO-Generalsekretär Lösungen gefordert, die die wirtschaftliche Nachfrage neu beleben und sich gleichzeitig mit den Belangen aller Menschen, insbesondere der Armen, befassen. „Als führende Politiker der Welt“, sagte er, „sind wir moralisch verpflichtet sicherzustellen, dass Lösungen der weltweiten Finanzkrise ihre Interessen schützen, und nicht nur die der Bürger der wohlhabenderen Staaten. Diejenigen, die vom letzten Boom abgehängt wurden – die sogenannte ‚untere Milliarde‘ lebt von weniger als einem US-Dollar pro Tag – müssen in die nächste wirtschaftliche Ära eingebracht werden. Noch einmal, eine Lösung für die Armut ist auch eine Lösung für den Klimawandel: grünes Wachstum. Für die Armen der Welt ist es ein Schlüssel für Entwicklung. Für die Reichen ist es ein Weg in die Zukunft.“

Achim Steiner, UNO-Untergeneralsekretär und Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), der kürzlich die Initiative für eine grüne Wirtschaft startete, sagte, dass die Finanz-, Öl- und Lebensmittelkrisen im Jahr 2008 „Teil eines breiten Marktversagens“ sind, das „steigende und beunruhigende Verluste an Naturkapital und naturbezogener Wirtschaftsgüter auslöst, gekoppelt mit einem Übervertrauen auf endliche und oft subventionierte fossile Brennstoffe.“

„Auf der anderen Seite liegen die enormen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Vorteile, die voraussichtlich aus dem Kampf gegen den Klimawandel und aus der Reinvestition in die natürliche Infrastruktur erwachsen. Das sind Vorteile, die von neuen grünen Arbeitsplätzen in Industrien umweltverträglicher Technologien und sauberer Energien bis zu solchen in nachhaltiger Landwirtschaft und Unternehmen im Bereich Naturschutz reichen“, fügte er hinzu.

Finanzierung: Schlüssel für die Verhandlungen über den Klimawandel

Die Länder sind überein gekommen, dass jedwedes Ergebnis der gegenwärtigen Klimaverhandlungen ein langfristiges Ziel zu weltweiten Emissionsverringeringen beinhalten muss, um den Temperaturanstieg auf einem Minimum zu halten. Zusätzlich haben sie zugestimmt, dass jedes neue Abkommen Unterstützung für Länder und Gemeinwesen enthalten muss, die Schwierigkeiten haben, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen und sie zu lindern.

Auch muss jedes Abkommen Mechanismen beinhalten, die emissionsverringende Technologien für Entwicklungsstaaten besser verfügbar machen, sowie Finanzmittel, um den Klimawandel anzugehen.

Es ist laut de Boer „ein gewaltiges globales Problem, das einer globalen Lösung bedarf, damit die Kosten zur Abschwächung gesenkt und die Finanzierung zur Anpassung gesichert werden. Während eine konzertierte Aktion die Kosten erheblich senkt, ist es klar, dass wir alle uns verfügbaren Mittel benötigen werden, um wirklich der Herausforderung zu bestehen.“

Gemäß der Internationalen Energie-Agentur wird die weltweite Energienachfrage um 55 Prozent bis 2030 steigen. Bis zum Jahr 2030 wird die weltweite Energieversorgungs-Infrastruktur Investitionen in Höhe von 22 Billionen US-Dollar benötigen, wobei die Hälfte davon auf die Entwicklungsländer entfällt.

Sogar in günstigen Zeiten haben Kritiker beklagt, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel zu kostspielig sein würden und ruinöse Konsequenzen für die Volkswirtschaften haben werden. Allerdings hat IPCC herausgefunden, dass Maßnahmen zur Senkung der Emissionen, die den Klimawandel verursachen, bis 2030 höchstens drei Prozentpunkte des kumulierten Bruttoinlandsprodukts über die nächsten zwanzig Jahre und darüber hinaus kosten würde.

Weiterhin wird öffentliche Entwicklungshilfe für die Entwicklungsstaaten nötig sein, um Emissionen zu verringern und sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Der Bericht über die menschliche Entwicklung von 2007 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) hat geschlussfolgert, dass 86 Milliarden US-Dollar an neuen und zusätzlichen Finanzmitteln zur Anpassung durch Transfers von reichen zu armen Staaten bis 2016 notwendig sein werden, um den Fortschritt der Millenniums-Entwicklungsziele zu schützen.

*** *